



**Europäischer Ausschuss  
der Regionen**

**REDE DES ADR-PRÄSIDENTEN KARL-HEINZ LAMBERTZ**

**ERÖFFNUNG DER ERSTEN PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „STRUKTURFONDS UND  
ERGEBNISPFlicht: WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE GEMEINDEN?“**

**21. NOVEMBER 2017, 100. FRANZÖSISCHER BÜRGERMEISTERKONGRESS, PARIS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender der französischen Delegation des Europäischen Ausschusses der Regionen,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Meine Damen und Herren,

ich freue mich besonders, anlässlich meines ersten Besuchs in Frankreich als Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen an diesem 100. Bürgermeisterkongress teilzunehmen, der zum 110-jährigen Bestehen ihrer Vereinigung veranstaltet wird.

Erst kürzlich habe ich in der Presse gelesen, dass die Vereinigung der französischen Bürgermeister die Teilnahme von 15 000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erwartet. Da Europa knapp 100 000 Gemeinden zählt, bedeutet dies, dass Sie hier innerhalb von drei Tagen ein Sechstel aller EU-Bürgermeister empfangen werden!

Dies ist wirklich beeindruckend, und fühle mich sehr geehrt, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Jedes Mal, wenn ich nach Frankreich komme, stelle ich den Fortschritt fest, den dieses historisch stark zentralisierte Land auf dem Gebiet der Dezentralisierung und der lokalen Selbstverwaltung macht.

Diese Veränderungen sind auf EU-Ebene, besonders aber in unserem Ausschuss spürbar.

Die Fortschritte der Dezentralisierung dürfen allerdings nicht unter dem Vorwand in Frage gestellt werden, dass die Verwaltung der öffentlichen Maßnahmen durch die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu wünschen übrig ließe.

Das ist ein irreführendes Argument, welches oft von Staaten verwendet wird, die Zentralisierung mit Effizienz gleichsetzen. Das ist schlichtweg falsch.

Der Beweis dafür ist, dass die lokalen Mandatsträger bei den französischen, aber auch den europäischen Bürgern das größte Vertrauen genießen.

Sie sind mit diesen Themen bestens vertraut, denn Sie sind den Bürgerinnen und Bürgern in Ihren Gemeinden am nächsten. Sie stehen bei der Raumplanung und bei der Gestaltung der



**Europäischer Ausschuss  
der Regionen**

Beziehungen zwischen den städtischen und den ländlichen Gebieten an vorderster Front, wie etwa in Ihren neuen Metropolen.

Sie sind daher an erster Stelle von dem betroffen, was momentan in Europa zur Debatte steht: der Zukunft der Kohäsionspolitik.

Zunächst möchte ich auf die Gefahren aufmerksam machen, von denen diese Politik bedroht wird.

Dann möchte ich Sie zum Nachdenken über die Rolle der Gemeinden in der Kohäsionspolitik nach 2020 anregen.

Die Kohäsionspolitik ist in Gefahr.

Wie Sie sicher wissen, sind die Diskussionen über den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen in den verschiedenen Generaldirektionen der Europäischen Kommission in vollem Gange.

Diese Diskussionen sind aus mehreren Gründen besorgniserregend. In zwei der drei Szenarien wird das Ende einer durchgehenden kohäsionspolitischen Abdeckung aller europäischen Regionen in Betracht gezogen.

Mit anderen Worten könnten Ihre Gemeinden, egal ob Sie Teil einer großen Metropole, eines benachteiligten Vorortes oder einer ländlichen Region sind, schon morgen keine EU-Mittel mehr erhalten (sei es aus dem EFRE oder dem ESF).

Mir ist außerdem klar, dass manche in der EU die nationalen Kofinanzierungssätze anheben oder die Konditionalitäten für die Umsetzung der Kohäsionspolitik stärken wollen.

So sehr wir uns mit einer leichten Anhebung der nationalen Kofinanzierungssätze arrangieren können, müssen wir gleichermaßen sehr wachsam im Hinblick auf die Konditionalitäten sein.

Der Europäische Ausschuss der Regionen unterstützt die Ex-ante Konditionalitäten, die die Bemühungen der Regionen in Europa im Hinblick auf den Wandel durch die Umsetzung demokratisch erlassener Rechtsvorschriften fördern.

Andererseits lehnt der Ausschuss sämtliche externe Konditionalitäten (in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit und im Zusammenhang mit dem europäischen Semester oder der Aufnahme von Flüchtlingen) ab, da mit ihnen die Ziele verwässert werden und die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik untergraben wird.



## Europäischer Ausschuss der Regionen

Wie sehen diese Ziele aus?

- Schaffung von Solidarität durch die Reduzierung wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union.
- Umsetzung der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Wir müssen anhand der Ergebnisse dieser Bemühungen beurteilt werden.

Heute liefert die Kohäsionspolitik jedoch Ergebnisse. Sie funktioniert gut.

Ich kann nicht oft genug auf diese besonders wichtigen Zahlen verweisen.

Die Kohäsionspolitik für den Zeitraum von 2014 bis 2020 steht für:

- 1,1 Millionen unterstützte KMU;
- 420 000 neu geschaffene Arbeitsplätze;
- 7,4 Millionen bei der Arbeitssuche unterstützte Arbeitslose;
- 4 600 km an verbesserten Bahnstrecken;
- 14,5 Millionen mit Breitbandanschluss versorgte Menschen;
- 17 Millionen an ein Trinkwassernetz angeschlossene Menschen usw.

Diese Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen.

Was bedeutet dies für Frankreichs Gemeinden?

Zum einen werden die französischen Gemeinden für eine starke, wirkungsvolle und sichtbare Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2020 eintreten müssen.

An dieser Stelle möchte ich Sie dazu einladen, der #CohesionAlliance beizutreten, die der Ausschuss der Regionen gemeinsam mit den wichtigsten europäischen Verbänden der Regionen und Städte ins Leben gerufen hat.

Diese Initiative wird uns in den Verhandlungen über den künftigen EU-Haushaltsplan Gewicht verleihen.

Zum anderen wird sie uns auch Einfluss auf den Inhalt der Politik geben, etwa in Bezug auf die Rolle der Städte bei der Auswahl der sie betreffenden Projekte, die Partnerschaftsabkommen oder aber die Vereinfachung der Integrierten territorialen Investitionen.



**Europäischer Ausschuss  
der Regionen**

Hinsichtlich des Inhalts und der Struktur der Politik möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Bestrebungen der Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission lenken, den europäischen Sozialfonds (ESF) durch eine Zusammenführung mit einem Rahmenprogramm (konkret mit dem Programm ERASMUS+) für Humankapital für Beschäftigung, soziale Eingliederung und Kompetenzen neu auszurichten.

Dies würde das Ende des territorialen Ansatzes bedeuten und das Ende der integrierten Strategien nach sich ziehen, die allein es ermöglichen, insbesondere im Rahmen der Städtepolitik effizient auf die strukturellen und zyklischen Faktoren von Armut, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit einzuwirken.

Der Europäische Ausschuss der Regionen tritt als Ihr Sprachrohr in Brüssel für Ihre Standpunkte ein.

Bei der künftigen Kohäsionspolitik benötigen wir Ihre Hilfe, damit wir Ihnen helfen können: Treten Sie unserer #CohesionAlliance bei. Nur gemeinsam können wir Ergebnisse erzielen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**950 Wörter**